

Eine auf Anmerkungen weitestgehend verzichtende und auch an anderen Stellen leicht gekürzte Fassung dieses Beitrages wurde veröffentlicht in:
Aus Politik und Zeitgeschichte
Beilage zur Zeitung "Das Parlament", Nr. B 11 (8. März 2004), S. 32-39

Von Gipfelstürmern und Gratwanderern. "Deutscher Wege" in der Außenpolitik

Gunther Hellmann

Zusammenfassung

Mit seiner Formel vom "deutschen Weg" hat Bundeskanzler Schröder im vergangenen Bundestagswahlkampf einen neuen Ton angeschlagen. Wie die Zustimmung von links bis weit rechts zeigte, hatte der Kanzler nicht nur einen empfindlichen Nerv in der deutschen Gemütsverfassung getroffen, sondern auch die alten Koordinaten der deutschen Außenpolitik verschoben. Im Beitrag wird die "Weg"-Metapher in der üblichen politisch-instrumentellen Verwendung verworfen, in analytischer Hinsicht jedoch als nützlich ausgewiesen. Wenn man die Geschichte der deutschen Außenpolitik mit zwei Abschnitten eines Bergweges vergleicht, dem Anstieg zum Gipfel und der Wanderung auf dem Grat, so wirft dies nicht nur ein bezeichnendes Licht auf die Geschichte, sondern auch auf die Gegenwart. Die gegenwärtige Fixierung auf die "Augenhöhe" der USA erscheint dabei als Kompensationsstrategie eines ungestillten weltpolitischen Geltungsdranges. Aus historischen Gründen wie auch fehlender materieller Ressourcen sollte der Blick statt dessen auf das geografische Umfeld umgelenkt und das "Weimarer Dreieck" zum Fokus der europäischen wie auch atlantischen Konsolidierungsbemühungen deutscher Außenpolitik gemacht werden.

Prof. Dr. Gunther Hellmann
FB 3 / Institut für Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
Robert-Mayer-Straße 5, Fach 102
D-60054 Frankfurt am Main
Tel. 069-798-25191
E-Mail: g.hellmann@soz.uni-frankfurt.de
Internet: <http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/start.htm>

"Deutschland kann und will keinen Sonderweg gehen. Wir sind im Bündnis (...) erwachsen geworden. Wir wollen das auch bleiben. Deshalb sind wir heute ohne jedes Wenn und Aber bereit, als 'normale' Alliierte Verantwortung zu übernehmen – ob in der EU oder in der NATO."¹

"Das Deutschland, für das ich arbeite, ist ein stolzes, ein solidarisches Land (...) ich nenne es 'unser Deutschland' (...). Unser Deutschland vertraut auf seine eigene Kraft.(...). Unser Deutschland ist ein selbstbewusstes Land. (...) Unser Deutschland genießt Respekt und Ansehen in der Welt. Weil wir Partner und Vorbild sind. Weil wir das Europa der Völker bauen und weltweit Frieden und Menschenrechte sichern und schützen helfen. Und weil wir deshalb unsere nationalen Interessen nicht verstecken müssen. Das ist unser deutscher Weg. Für diese Vision kämpfe und arbeite ich."²

1. Einleitung: "Deutsche Wege" führen durchs Gebirge, nicht übers Feld

Die „Weg“-Metapher hat im Zusammenhang mit Deutschlands Rolle in der Welt immer wieder für Unruhe gesorgt. Historisch tauchte sie zumeist dann auf, wenn „Deutsches“ von „Nicht-Deutschem“ abgegrenzt werden sollte. Vor dem 2. Weltkrieg ging es dabei weniger um Fragen der Außenpolitik. Im 18. und 19. Jahrhundert etwa musste die vermeintliche Differenz zwischen dem „deutschen“ und dem „westlichen“ Geist erhalten, um „Deutsches“ gegenüber „Nicht-Deutschem“ hochhalten zu können. Später war es die Gegenüberstellung einer idealtypischen „deutschen“ Verschmelzung des "Kriegers" und des "Denkers", die mit einem westlichen "Händlerideal" kontrastiert wurde.³ In der jüngeren ("Nachkriegs-") Vergangenheit waren allerdings die früher vorherrschenden positiven Konnotationen eines „deutschen Weges“ durch die erdrückende Überlagerung „deutscher“ Assoziationen mit Hitler und dem Dritten Reich weitgehend desavouiert. „Deutsche Wege“ waren „sonderwegsverdächtig“ – und entsprechend abwegig. Da sich diese Sonderwegsverdächtigungen zumeist gegen konservative oder "rechte" Kräfte richteten und die Tabuisierung "deutscher Wege" lediglich am äußersten rechten Rand in Frage gestellt wurde, fand die "Weg"-Metapher im außenpolitischen Diskurs Deutschlands bis in die

¹ Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der 35. Münchener Tagung für Sicherheitspolitik am 6. Februar 1999 in München, in: Bulletin. Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 8 (22. Februar 1999), S. 91. Für ihre Unterstützung bei der Erstellung des Manuskripts danke ich Sebastian Enskat und Frank Sauer.

² Gerhard Schröder, Meine Vision von Deutschland, in: Bild-Zeitung vom 8. August 2002 verfügbar unter <http://www.bundeskanzler.de/-7698.78497/Gerhard-Schroeder-Meine-Vision-von-Deutschland.htm> [2.1.2004].

³ Vgl. u.a. Panajotis Kondylis, Der deutsche 'Sonderweg' und die deutschen Perspektiven, in: Rainer Zitelmann, Karlheinz Weißmann, Michael Großheim (Hrsg.), Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Berlin: Propyläen 1994, S. 21-37.

Gegenwart keinen großen Widerhall. Dies änderte sich erst mit Gerhard Schröders Wahlkampfauftritt im August 2002.

Im Folgenden werde ich kurz jene machtpolitischen Konnotationen rekapitulieren, mit denen diese Formel bei ihrer Neuprägung durch den Bundeskanzler absichtsvoll versehen wurde. Ferner werde ich im nächsten Abschnitt kurz erörtern, warum sie auf eine genauso breite wie widersprüchliche Resonanz traf. In einem zweiten Schritt argumentiere ich, dass die Debatte um einen "deutschen Weg" keineswegs nur ein Oberflächenphänomen darstellt, sondern auf grundlegendere Verschiebungen in der außenpolitischen Orientierung sowohl deutscher Eliten wie auch der breiteren deutschen Öffentlichkeit verweist. Daran anschließend entwickle ich die These, dass die Intuitionen und Überzeugungen über die zukünftige Ausrichtung deutscher Außenpolitik, die der Formel vom "deutschen Weg" zugrunde liegen, an alte Themen anknüpfen, die mit Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt seit dem späten 19. Jahrhundert verknüpft sind. Ich werde dabei die "Weg"-Metapher aufgreifen und in der üblichen politisch-instrumentellen Verwendung als gefährlich und irreführend brandmarken, in analytischer Hinsicht jedoch als nützlich ausweisen, weil sie wertvolle Perspektivenerweiterungen liefern und zu einem besseren Verständnis deutscher Außenpolitik in einem größeren historischen Zusammenhang beitragen kann. Zugespitzt läuft dieses Argument auf die These hinaus, dass der "deutsche Weg" aus strukturellen Gründen nie jenem mythischen – in vieler Hinsicht sehr deutschen – stillen und einfachen "Feldweg" glich, den beispielsweise Martin Heidegger Anfang der 1950er Jahre in einem schmalen Bändchen geradezu hymnisch besungen hat.⁴ Vielmehr glich er in aller Regel zwei gefährlichen Abschnitten eines Bergweges: dem Anstieg zum Gipfel und der Wanderung auf dem Grat. Wie man diese Bergweg-Metapher im Blick auf die Geschichte deutscher Außenpolitik typologisch nutzen könnte, wird in diesem Abschnitt diskutiert. Dabei wird zumindest angedeutet, warum eine klare typologische Zuordnung der Außenpolitik des gegenwärtigen Bundeskanzlers nicht leicht fällt. Ähnliches gilt für den derzeitigen außenpolitischen Diskurs in einem breiteren Sinne. In beiden Fällen gibt es zahlreiche Hinweise, die die gegenwärtige Phase als eine entscheidende Weggabelung in der deutschen Außenpolitik erscheinen lassen. Im fünften Abschnitt werde ich diese Weggabelung im Hinblick auf die gegenwärtige Strategiediskussion etwas genauer beleuchten und zeigen, wie selbst in "unverdächtigen" Zirkeln in fast schon beängstigender Manier jenes machtpolitische Vokabular restauriert wird, das bedenklich an alte Gipfelstürmerzeiten erinnert. Abschließend werde ich kurz

⁴ Martin Heidegger, *Der Feldweg*, Frankfurt am Main 1983⁷.

argumentieren, warum es für die Zukunft der deutschen Außenpolitik von essentieller Bedeutung ist, die von weiten Teilen des gegenwärtigen Berliner Establishments schlecht geredete außenpolitische Traditionslinie der Bonner Republik zu rehabilitieren. Statt das Heil in einer "multipolaren" Welt zu suchen, die ein "Europa" der "UN-Willigen" unter deutsch-französischer Führung gegen alle "US-Willigen" (E. Bahr) in Stellung bringt, sollten die außenpolitischen Eliten sich auf die Vorzüge bewährter Bonner Einbindungsstrategien besinnen. Dass diese allerdings unter den veränderten internationalen Rahmenbedingungen in einem "karolingischen" Europa mittlerweile weit schlechter aufgehoben sind, als in einem Europa, das das "Weimarer Dreieck" zwischen Polen, Deutschland und Frankreich zum neuen "harten Kern des europäischen Kerns" schmiedet, kann abschließend nur noch skizziert, aber nicht mehr detailliert begründet werden.

2. Schröders "deutscher Weg" als "Heimkehr"

In der deutschen Außenpolitik hat der Begriff der "Vision" im Zusammenhang mit deutschen Kanzlern zumeist unterschiedliche Assoziationen hervorgerufen. Konrad Adenauer und Willy Brandt gelten als große Visionäre für ihre Frieden stiftenden historischen Leistungen, die unter den Stichworten "Aussöhnung mit Frankreich" bzw. "Westbindung" auf der einen und "Ostpolitik" auf der anderen Seite die Erfolgsgeschichte der Bonner Republik erst begründet und den Weg zur Vereinigung gebahnt hatten.⁵ Auch Helmut Kohl galt – im Unterschied zu seinem Vorgänger – als Visionär.⁶ Vor allem das Projekt der europäischen Einigung ist mit seinem Namen verbunden. Gerhard Schröder hingegen wurde bislang eher selten im Zusammenhang mit visionärer Politik genannt.⁷ Erst im letzten Bundestagswahlkampf änderte

⁵ In einer "Besten"-Show des ZDF im letzten Jahr brachten es beide auch unter die Top-Ten, Adenauer gar als Spitzenreiter vor Martin Luther und Karl Marx, Willy Brandt gelangte auf Platz 5 (in der Kategorie "Menschlichkeit" belegte er sogar Rang 1). Drei der anderen Bundeskanzler konnten sich immerhin unter den Top 30 platzieren (Helmut Kohl auf Platz 13, Helmut Schmidt auf 21 und Ludwig Erhard auf 27). Als nächster folgt Gerhard Schröder auf Rang 82; vgl.

<http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/31/0,1872,2051839,00.html> [2.1.2004] sowie Guido Knopp, Peter Arens, Unsere Besten. Die 100 größten Deutschen, München: Econ Verlag 2003.

⁶ Kohl wurde des öfteren mit dem Ausspruch zitiert, dass "die Visionäre die wahren Realisten" seien. Sein Vorgänger Helmut Schmidt galt dagegen als nüchterner "Pragmatiker", der für Visionäre nur Spott übrig hatte. Dies zeigt sich deutlich in den unterschiedlichen Varianten des folgenden Spruchs, der Schmidt zugeschrieben wird: "Wenn Sie Visionen haben, sollten Sie Ihren Arzt aufsuchen."

⁷ In Erinnerung sind von ihm eher Aussagen, die ihn als Erben Helmut Schmidts erscheinen lassen – etwa seine Replik auf die Frage eines Journalisten der "Süddeutschen Zeitung" von Anfang 1999, ob Fischers "Idee einer europäischen Verfassung" auch sein "Ziel" sei. Dazu Schröder: "Ich beschäftige mich mit dem, was mittelfristig nicht nur zu wünschen, sondern auch zu realisieren ist. Deswegen setze ich einen anderen Schwerpunkt. Aber die Vision Fischers in Straßburg ist eine, mit der ich keine Schwierigkeiten habe. Nur noch einmal: Am meisten tut derjenige was für Europa, der Europa

sich dies. In auffälligem Kontrast zu seinen Vorgängern wie auch seit langem eingespielten – und früher auch von ihm selbst gepflegten⁸ – Redeweisen bezeichnete Schröder in dem eingangs zitierten Beitrag für die "Bild"-Zeitung "unseren deutschen Weg" als seine ganz persönliche "Vision", für die er in Zukunft "kämpfen und arbeiten" wollte.⁹

So konkretisierungsbedürftig die Rede vom "deutschen Weg" auch war (und ist), kaum ein Beobachter hatte Zweifel, dass der subtile Verweis auf das vermeintliche "Verstecken" "nationaler Interessen" unter der Vorgängerregierung Helmut Kohls¹⁰ eine deutlich

herausnimmt aus der Welt der Träume und hinführt zur Welt der Realität.“ „Europa aus der Welt der Träume in die Realität führen.“ Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder, in: Süddeutsche Zeitung, 11. Februar 1999, S. 10.

⁸ Noch 1999 hatte Schröder einer "Außenpolitik des 'Dritten Weges'" eine klare Absage erteilt, da diese Formulierung, wie er damals schrieb, "gerade in deutscher Sprache einen beunruhigenden Klang hätte – die Assoziation zu den verheerenden Folgen jenes deutschen 'Sonderwegs', der gleich zweimal in diesem Jahrhundert den gesamten Kontinent in Tod und Verderben geführt hat, läge zu nahe"; Gerhard Schröder, Eine Außenpolitik des "Dritten Weges"? in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 50. Jg., Nr. 7-8 (1999), S. 392.

⁹ In der nachfolgenden Diskussion ist von Schröder selbst immer wieder behauptet worden, dass sich seine Rede vom "deutschen Weg" während des Wahlkampfes "inhaltlich keineswegs auf die internationale Politik" bezogen habe, sondern "nach innen gerichtet" war. Einem Interviewer des Tagesspiegel entgegnete er: "Sie haben es auf die Außenpolitik verstehen wollen" (das erste Zitat entstammt einem Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder in "Die Zeit" vom 15. August 2002, <http://www.bundeskanzler.de/Interviews-.7716.429696/Interview-mit-Bundeskanzler-Gerhard-Schroeder-in...htm>, die beiden anderen einem Interview Schröders im Tagesspiegel vom 15. August 2002, <http://www.bundeskanzler.de/Interviews-.7716.429631/Interview-mit-Bundeskanzler-Schroeder-im-Tagessp...htm>). Richtig ist zwar, dass die Innenpolitik den Schwerpunkt bildete. Allerdings gipfelte die "deutsche-Weg"-Agenda, wie das Eingangs-Zitat Schröders aus der Bild-Zeitung zeigt, in der Außenpolitik. Der klar intendierte außenpolitische Zusammenhang lässt sich auch durch die Rekonstruktion des Entscheidungsprozesses zeigen, der zum "deutschen Weg" führte. Bis zum Wahlkampfauftakt der SPD in Hannover am 5. August 2002 spielte das Thema eines möglichen gewaltsamen Vorgehens gegen den Irak in der deutschen Diskussion lediglich eine untergeordnete Rolle. Mit dem vorverlegten Auftakt der heißen Wahlkampfphase und vor dem Hintergrund der sehr schlechten Umfragedaten für die SPD, beriet das SPD-Präsidium am 1. August 2002, wie die Chancen der Partei auf einen Wahlsieg verbessert werden könnten. Wie der damalige Generalsekretär Müntefering später rekapitulierte, wurde dabei unter anderem über zwei Optionen beraten. Die eine Option zielte eher auf Abwarten, die andere empfahl eine klar ablehnende Positionierung. Wie Müntefering erläuterte, habe sich Schröder persönlich u.a. wegen der schlechten Umfragergebnisse für die SPD nach Zustimmung Fischers und im Konsens mit dem SPD-Präsidium für die zweite Variante entschieden. Der "deutsche Weg" war insofern eindeutig und absichtsvoll mit der Außenpolitik verknüpft. Das belegt auch eine weitere Äußerung Münteferings im Vorfeld von Schröders Wahlkampföffnungsrede als er unter Anspielung auf die Ablehnung des US-amerikanischen Kurses in der Irak-Frage sagte: "Wir machen einen deutschen Weg und lassen uns nicht vereinnahmen." Vgl. "Die SPD im Wahlkampf auf einem deutschen Weg", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.8.02, S. 1 sowie "Was Schröder sagt, meint er auch so", Darmstädter Echo, 11.9.2002, S. 2.

¹⁰ Nur drei Tage vor dem "Bild"-Beitrag hatte der Bundeskanzler zur "offiziellen" Eröffnung des SPD-Wahlkampfes in Hannover im Zusammenhang der sich zusammenbauenden Irak-Krise die Vorzüge seiner "selbstbewussten" Außenpolitik mit jener der Vorgängerregierung kontrastiert: "(W)er glaubt, dieses Land, diese Regierung würde erneut den bequemen Ausweg gehen, nämlich den, der unter Kohl gang und gäbe war, wir bleiben draußen, aber wir zahlen - seinerzeit waren es 18 Milliarden Mark -, der irrt. Dem sage ich, dieses Deutschland, unser Deutschland, ist ein selbstbewusstes Land (...); die

"nationalere" Akzentsetzung signalisierte – und signalisieren sollte.¹¹ Prompt stellten sich auch jene Reaktionen ein, die angesichts der historischen Konnotationen wie auch der politischen Instrumentalisierung des Begriffes zu erwarten waren. Die "Neue Rechte"¹² applaudierte, die alte "Linke" suchte irritiert Deckung in passfähigen Deutungen. Das Interessanteste am Reaktionsspektrum jedoch war, wie sehr die "link-rechts"-Koordinaten der Republik durcheinander gewirbelt wurden.

Auf der einen Seite fand sich eine numerisch kleine, politisch aber sehr breite Koalition der Mitte, die in den Zeiten der Bonner Republik nie zusammen gefunden hatte, die sich aber in ihrer Wertschätzung dieser Phase bundesrepublikanischer Geschichte bei allen vergangenen Grabenkämpfen weitgehend einig war. In ihrem Widerspruch gegen den Bundeskanzler einte sie vor allem die Überzeugung, dass sie sich von Schröder nicht einreden lassen wollte, Deutschland sei vor 1998 selbstbewusstlos durch die Welt getorkelt und erst mit seiner Wahl

Zeit der Scheckbuchdiplomatie ist endgültig zu Ende". Der Verweis auf "18 Milliarden Mark" bezog sich auf den finanziellen Beitrag, den die Kohl-Regierung 1990/91 im Zusammenhang mit dem Kuwait-Krieg nicht zuletzt deshalb an die USA überwiesen hatte, weil Deutschland keine Soldaten an den Golf schicken wollte; vgl. Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Wahlkampfauftakt am Montag, 5. August 2002, in Hannover (Opernplatz)
<http://www.spd.de/servlet/PB/show/1019520/Schr%F6der%20Rede%20WahlkampfauftaktHannover.doc> [10.11.2003].

¹¹ Damit war CDU/CSU, die traditionell als Parteien galten, denen beim Thema "nationale Identität" Kompetenzvorsprünge attestiert wurden, ein Thema entrissen, das von führenden CDU-Politikern noch im Vorfeld der Wahl als "wichtigstes Wahlkampfthema" neben der Wirtschaftspolitik gehandelt wurde. Im September 2001 hatten sowohl der Fraktionsvorsitzende Merz wie auch der hessische Ministerpräsident Koch argumentiert, dass Schröder mit dem Begriff der "nationalen Identität" nichts anfangen könne: "Das ist unsere Chance"; vgl. "Koch: Respekt vor der Fahne", in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 9. September 2001, S. 6 sowie "Auch Merz für Wahlkampf mit 'Nationaler Identität'", Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. September 2001, S. 4. Ob Schröders "deutscher Weg" vor diesem Hintergrund längerfristig geplant oder eher spontan unter dem Druck einer drohenden Wahlniederlage entstand, ist unklar. Wilfried von Bredow neigt zur ersten Interpretation ("Auf keinen Fall handelt es sich um eine dilettantische und von den Ereignissen getriebene, vielmehr um eine kalkulierte, durchdachte und strategisch angelegte Politik", Wilfried von Bredow, Auf leisen Sohlen zur Weltpolitik, FAZ 8. Mai 2003, S. 8). Eine Reihe von Indizien sprechen allerdings eher für eine Interpretation, die den Bedarf nach einer griffigen Wahlkampfparole Anfang August 2002 mit der sich zuspitzenden Irak-Krise wie auch den seit langem beobachtbaren "Normalisierungs"-Instinkten des Politikers Schröder verknüpft; vgl. hierzu Michael Hedstück und Gunther Hellmann, "Wir machen einen deutschen Weg." Irak-Abenteuer, das transatlantische Verhältnis und die Risiken der Methode Schröder für die deutsche Außenpolitik, in: Bernd Kubbig et al. (Hrsg.), Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt am Main/New York: Campus 2003, S. 224-234.

¹² Mit dem Begriff "Neue Rechte" wird zumeist eine (sich selbst auch "Neue demokratische Rechte" nennende) Gruppierung vorwiegend jüngerer Intellektueller benannt, deren Ursprünge auf die Zeit der deutschen Vereinigung zurückgehen; vgl. hierzu die Studie des nordrheinwestfälischen Verfassungsschutzes (Thomas Pfeiffer, Die Kultur als Machtfrage. Die Neue Rechte in Deutschland, <http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/neurech.pdf> [27.12.2003]) sowie die Selbstbeschreibung einiger Betroffener (Institut für Staatspolitik, Arbeitsgruppe 2, Eine "Neue Demokratische Rechte", in: Sezession, Juli 2003, S. 36-39.

richtig "erwachsen" geworden. So unterschiedliche Intellektuelle wie der konservative Historiker Michael Stürmer oder Jürgen Habermas fanden in ihrer Kritik zu ähnlichen Formulierungen. Stürmer etwa machte sich über die "nationalen Donnerworte" lustig, die als "Echo" des "Wilhelminismus" aus dem Kanzleramt schallten.¹³ Habermas hatte seinerseits bereits Anfang 1999 die "linksnationale Sinnverschiebung" eines "ebenso medienempfindlichen wie normativ entkernten Kanzleramts" gebrandmarkt und die "flotten nationalen Sprüche" kritisiert, mit denen "der Kanzler (...) die verdutzten Leitartikler der FAZ ihrer Lieblingsfloskeln" "enteignet" habe.¹⁴

Die bunte Mischung dieser alten "Bonner Republikaner" wurde jedoch in ihrer Farbenpracht durch die neue Unterstützer-Koalition des Bundeskanzlers noch deutlich übertroffen. Von Vertretern der Friedensforschung über prominente Figuren der intellektuellen Szene bis zur "Neuen Rechten" fand Schröders "deutscher Weg" regen Anklang. Die Assoziationen, die hier wie dort geweckt wurden, hatten zwar häufig nur den kleinsten gemeinsamen Nenner einer "deutschen" Worthülse, die inhaltlich nicht nur unterschiedlich, sondern teilweise gegensätzlich gefüllt wurde. Dem Bundeskanzler war es damit aber zumindest gelungen, mit einem pointierten Begriff die von sämtlichen Politstrategen so hochgeschätzte "Diskurshoheit" über Stammtischen und Talkshowrunden zu erlangen. Im eher "linken" Lager wurde der "deutsche Weg" vor allem von jenen unterstützt, die die "selbstbewusste Nation" mit dem "verfassungsrechtlichen Friedensgebot" des Grundgesetzes gekoppelt sehen wollten. Hier blieb der Blick auf die Vorbereitungen eines "Präventivkrieges" der USA fixiert, der mit dem grundgesetzlichen Verbot von Angriffskriegen unvereinbar schien. So argumentierte beispielsweise der Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Dieter S. Lutz, dass "bereits ein knapper Streifzug durch die nunmehr fast fünfzigjährige bundesdeutsche Geschichte belegt, dass es in Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik tatsächlich eine Vielzahl spezifischer deutscher Elemente gibt." Diese

¹³ Michael Stürmer, Es deutsch so deutsch, in: Die Welt, 8. August 2002
<http://www.welt.de/daten/2002/08/08/0808fo349228.htm?print=1> [27.12.2003].

¹⁴ Jürgen Habermas, Rortys patriotischer Traktat, in: Süddeutsche Zeitung, 27./28 Februar 1999. Wie sehr sich seither die "links-rechts" Koordinaten der "Nation" verschoben haben, lässt sich u.a. daran ablesen, dass von Habermas damals noch "unsere Neokonservativen" (namentlich "die Schäubles und Stoibers") für etwas gegeißelt wurden, was heute in Schröders Reden Standard zu sein scheint: die Instrumentalisierung (in Habermas Worten) des "gesunden Nationalbewusstsein" als einer "Traditionsmacht", die "die sozialen Härten einer munter deregulierten Ökonomie kostenlos kompensiert." Zur seitherigen Annäherung zwischen Schäuble und Habermas vgl. u.a. Mark Siemons, Von der Verunreinigung der Ideen. Kein Versöhnlerturn zwischen Wert und Interesse. Jürgen Habermas diskutiert in Berlin seine Europa-Initiative, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Juni 2003, S. 33.

Elemente ließen es zu, "ja verlangen sogar danach, von einem 'Deutschen Weg' zu sprechen."¹⁵ Zudem könne man einen solchen Weg "zu Beginn des 21. Jahrhunderts eben auch als modern und dynamisch" bezeichnen.¹⁶

Für eine zweite Gruppe eher unkonventioneller Intellektueller steht der Karlsruher Philosoph Peter Sloterdijk, der sich trotz seines Bekenntnisses als Wähler von Bündnis 90/Die Grünen vor allem deshalb als eifriger Unterstützer von Gerhard Schröders empfahl, weil dieser die Deutschen gleichsam aus einer selbstverschuldeten "europäisierten" Psychose erlöst hatte: "Deutschland ist nach dem Krieg groß geworden in einer Rhetorik der Leugnung deutscher Sonderwege. Wir haben uns quasi selbsttherapeutisch europäisiert und eine Art Quarantäne über die deutsche Mentalität verhängt, wenn es darum geht, nationale Interessen auszusprechen. (...) Bis tief in die Ära Kohl hinein war deutsche Außenpolitik von dem Bewusstsein geprägt, dass wir uns auf der Sonderschule der Demokratie den Abschluss erst mühsam erarbeiten müssten. Schröder war, wenn man so will, der erste Kanzler der Normalität. Mit seiner Wahlkampfwendung vom deutschen Weg wurde sozusagen die Heimkehr der deutschen Demokratie in die Familie der nicht neurotischen Gesellschaften gefeiert".¹⁷ In seinem Widerstand gegen die Bush-Administration habe sich der "Undiplomat Schröder" dabei geradezu zu "einem legitimen Sprecher des europäischen Typs von Westlichkeit" aufgeschwungen, denn das für manche "ärgerliche Wort vom 'deutschen Weg'" würde erst durch sein "ruhiges, immanent europäisches Format verständlich."¹⁸

¹⁵ Dieter S. Lutz, Der "Deutsche Weg": Kriegsverhütung, Prävention, Kooperation, Hamburg August 2002, http://www.ifsh.de/dokumente/artikel/98_DSLDeutscherweg.pdf [21.12.2003], S 1.

¹⁶ Dieter S. Lutz, Der "Deutsche Weg" verbietet Angriffskriege, Hamburg, August 2002 http://www.ifsh.de/dokumente/artikel/99_DSLdeutschangriffskrieg.pdf [21.12.2003]. Deutlich reservierter äußerte sich in diesem Zusammenhang Lutz' Institutskollege Reinhard Mutz. Zwar unterstützte auch er die Devise "'Ohne uns'" als die "richtige, wenn nicht die einzig mögliche", er kritisierte aber die Verknüpfung mit einem "deutschen Weg" als "grundfalsche Begründung", weil dadurch "die Botschaft diskreditiert" werde (Reinhard Mutz, Deutscher Weg? Das Nein zum nächsten Golfkrieg ist kein Gebot nationalen Interesses, sondern eine moralische Pflicht, in: Berliner Zeitung vom 26. August 2002, S. 14, auch verfügbar unter http://www.ifsh.de/dokumente/artikel/93_Deutscher%20Weg.doc [21.12.2003].

¹⁷ "Kohls Erbe wirkt bis heute nach". Peter Sloterdijk im Gespräch mit Sven Gächter, in: Profil Nr. 39/02 (September 2002) <http://www.petersloterdijk.net/german/debatten/KohlsErbe.html> [27.12.2003].

¹⁸ Die Zitate des letzten Satzes entstammen Peter Sloterdijk, Schröders Differenz oder die Stimme Europas, in: Frankfurter Rundschau, 25 September 2002, auch unter <http://www.petersloterdijk.net/german/aktuell/schroedersdifferenz.html> [27.12.2003].

Dieses "europäische Format" war bei aller Wertschätzung, die man Sloterdijk in rechten Kreisen entgegenbrachte¹⁹, allerdings gerade nicht das, was man auf diesem Flügel an Schröders "deutschem Weg" schätzte. Bei dieser dritten (beispielhaft durch die sich selbst der "Neuen demokratischen Rechten" zuordnende Wochenzeitung "Junge Freiheit" vertretenen) Fangemeinde glänzte der Kanzler vielmehr dadurch, dass er mit "sicherem Instinkt" die neue Lage richtig erkannt "und eine dafür adäquate Sprache gefunden" hatte. Mit einer Reihe "recht interessanter Begriffe" – "Schröder benutzte Worte wie ´souverän´ und ´selbstbewusst´" – habe er Amerika gegenüber deutlich gemacht, "dass nicht die rheinisch-westlerische Perspektive mehr das Handeln eines deutschen Kanzlers bestimmt." Gegen den vielerorts zu vernehmenden Vergleich Gerhard Schröders mit Wilhelm II. nahm die "Junge Freiheit" den Kanzler ausdrücklich in Schutz. Ein solcher Vergleich wurde als "deplaziert und unpassend" charakterisiert – allerdings nicht ohne "nebenbei" hinzuzufügen, dass "auch Wilhelm II. (...) keineswegs so ´blöd´ (war), wie ihn die heutige konformistische Geschichtsschreibung darstellt." Aus diesem Blickwinkel stach die Leistung Schröders jedenfalls umso mehr hervor, als die Vertreter von CDU und CSU nur "satellitenhaft die Treue gegenüber Amerika" beschwören und "in der Begriffswelt der achtziger Jahre" rechtfertigen wollten, warum sie als "Sühnedeutsche" ihre Amerikatreue noch immer mit der Befreiung nach Auschwitz verknüpften.²⁰

¹⁹ Carl Gustav Ströhm, Deutscher Weg. Plötzlich verkehrte Fronten, in: Junge Freiheit, Nr. 41/02 (4. Oktober 2002), auch unter <http://www.jf-archiv.de/archiv02/412yy02.htm> [21.12.2003]. An dem in Anm. 17 zitierten Interview mit Sloterdijk wird vor allem die "entwaffnende Unbefangenheit" gelobt, mit der "der Adorno-Verehrer Sloterdijk" die USA und Israel als "rogue states" charakterisierte. "Bezeichnend" fand es demgegenüber der JF-Journalist, dass "die bislang konservativ-liberale FAZ" daraufhin "den erfahrenen Philosophen durch einen strammen, aber etwas wirren, ´politisch korrekten´ Jungredakteur niedermachen ließ"; vgl. zu Sloterdijks Rolle aus der Sicht der FAZ Jürgen Kaube, Heldenplatzanweiser, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. September 2002, S. 37.

²⁰ Alle Zitate aus Carl Gustav Ströhm, Sicherer Instink [sic!]. Rot-Grün unternimmt zaghaft den Versuch, außenpolitisch souverän zu werden, in: Junge Freiheit, Nr. 09/03 (21. Februar 2003), <http://www.jf-archiv.de/archiv03/getdata.asp?FILE=093yy06%2Ehtmt&S1=Sicherer&S2=Instink&S3=>. Die häufigen Vergleiche zwischen Schröder und Wilhelm II. sind in der Tat sehr auffällig. Sie dringen allerdings nur selten an die Öffentlichkeit. Umso erstaunlicher ist, wie häufig derartige Parallelen von anerkannten Experten hinter vorgehaltener Hand bzw. in nicht-öffentlichen Konferenzen gezogen werden. Wer diese Fährte ernsthaft weiter verfolgen will, findet eine abgewogene neuere Würdigung von Wilhelm II. bei Wolfgang J. Mommsen, War der Kaiser an allem schuld? Wilhelm II. und die preußisch-deutschen Machteliten, Berlin 2002. Vgl. neuerdings auch das Interview mit dem wohl wichtigsten Biographen von Wilhelm II, John Röhl: "Seine Schuld ist sehr groß". Der Wilhelm-II.-Biograf über die Verantwortung des Kaisers für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, Der Spiegel 8/2004, 16. Februar 2004, <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,286425,00.html> [20.2.2004].

3. Der "deutsche Weg" als Ausdruck eines ungestillten weltpolitischen Geltungsdrangs

Die kurze Skizze des Reaktionsspektrums auf Schröders "deutschen Weg" zeigt, wie weit der Weg ist, den die Deutschen seit der Vereinigung zurückgelegt haben. Der Bundeskanzler spielte dabei eine wichtige Rolle als Wegbereiter. Die Blitzbelichtung ausgewählter Reaktionen zeigt allerdings auch, dass er auf ein genauso heterogenes wie aufnahmewilliges Publikum traf – ein Publikum, das nach dieser "deutschen Erlösung" geradezu lechzte. So unterschiedlich Schröders Unterstützer auch motiviert sein mögen, was sie vom linken bis zum rechten Rand eint, ist allem Anschein nach ein ungestilltes weltpolitisches Geltungsbedürfnis. Für diese Vermutung lassen sich diverse Belege anführen.

Die von Schröder in jüngster Zeit häufiger zu vernehmende Formulierung, dass Deutschland den USA "auf gleicher Augenhöhe"²¹ gegenüberzutreten will, ist hier nur die Spitze eines Eisberges. Ähnliche Indizien mangelnden Selbstwertgefühls finden sich gehäuft am rechten Rand, aber auch bei den prominenten Stichwortgebern im konservativen Spektrum (A. Baring, G. Schöllgen)²² wie auch im linken Lager (E. Bahr).²³ Sie zeigen sich zweitens darin,

²¹ Vgl. u.a. Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der Festveranstaltung des American Institute for Contemporary German Studies zur Verleihung des "Global Leadership Awards" an Sanford Weill am 20. November 2003 in New York, <http://www.bundeskanzler.de/Reden-.7715.563463/Bundeskanzler-Schroeder-anlaesslich-der-Verleihu...htm> [12.1.2004].

²² Arnulf Baring fordert bereits seit längerem "ein neues Selbstwertgefühl", das in einem veränderten nationalen Selbstbild zum Ausdruck kommen müsse. Die Deutschen, so Baring, müssten wieder daran glauben, "bedeutende Dinge in der Vergangenheit getan zu haben und entschlossen [sein], bedeutende Dinge auch in der Zukunft zu tun." Arnulf Baring, Wir brauchen ein neues Selbstwertgefühl, in: Welt am Sonntag, 9. November 2003, <http://www.wams.de/data/2003/11/09/194755.html?prx=1>; vgl. ähnlich Arnulf Baring, Die Berliner Republik. Erwartungen und Herausforderungen, in: APuZ B 32/33 (1999), 9-15. Vgl. ferner die geradezu triumphalistische Rhetorik bei Gregor Schöllgen, Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 2003: "Erstmals", so lobte Schöllgen Gerhard Schröder nach seinem dezidierten "Nein" zu einer deutschen Beteiligung an militärischen Maßnahmen gegen Irak, erstmals habe "ein Bundeskanzler öffentlich klar gestellt, wo die deutsche Außenpolitik gemacht wird: in Berlin" (S. 7) – so als ob deutsche Außenpolitiker von Adenauer über Brandt bis Kohl außenpolitisch kuschten. Dass mit Schöllgen ein eher konservativer Historiker der rot-grünen Koalition "ein ideologisches Dach" zimmerte (so der Rezensent von Schöllgens Buch in der "Zeit", Werner A. Perger, Endlich Großmacht, in: Die Zeit, Nr. 36/2003, http://zeus.zeit.de/text/2003/36/P-Sch_9allgenBiG [8.9.2003] ist nur ein weiterer Beleg dafür, wie sich die links-rechts-Koordinaten der Republik verschoben haben. Noch Anfang der 1990er Jahre geißelte Schöllgen das damals regierende außenpolitische Establishment Deutschlands wegen seiner "Angst vor der Macht" (G. Schöllgen, Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik, Berlin 1993). Mitte der 1990er Jahre wurde er dafür noch in einem polemischen Beitrag für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung von Hans-Ulrich Wehler als "neumodischer Großtöner" in den Dunstkreis der Wochenzeitung "Junge Freiheit" geschoben (vgl. Hans-Ulrich Wehler, Angst vor der Macht?: Die Machtlust der Neuen Rechten, Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 2. Februar 1995, Bonn, 1995, <http://library.fes.de/fulltext/historiker/00149toc.htm> [21.12.2003]; Wehlers Charakterisierung Schöllgens findet sich S. 3).

wie sich die Wunschvorstellung einer "Verschweigerung" deutscher Außenpolitik, wie sie von den Deutschen noch 1990 geäußert wurde, in heutigen Umfragen geradezu ins Gegenteil verkehrt haben. Damals wollten sich die Deutschen im Blick auf die Jahrtausendwende noch zu 75 Prozent aus internationalen Konflikten "eher heraushalten" und nur zu 25 Prozent "eher einmischen".²⁴ Im Frühjahr 2003 bot sich dem Beobachter ein deutlich anderes Bild. Im Kontext der sich zuspitzenden Irak-Krise meinten in einer Forsa-Umfrage 45 Prozent der Deutschen, dass "Deutschland und Europa" den USA "zukünftig bei der Neuordnung der Welt Einhalt gebieten" sollten. Nur 14 Prozent wollten die USA bei der Neuordnung "unterstützen", "sich heraushalten" wollte aber auch nur ein Drittel der Befragten.²⁵ Diese Verkehrung der Einschätzung spiegelt sich auch in einer seit den frühen 1990er Jahren wiederholt gestellten Frage, ob Deutschland "mehr Verantwortung in der Welt übernehmen" oder sich eher "zurückhalten" sollte. Meinten 1991 noch 56 Prozent der Deutschen, dass Deutschland sich zurückhalten sollte (während 31 Prozent "mehr Verantwortung" übernehmen wollten), votierten 2002 nur noch 29 Prozent für "zurückhalten", nun aber 41 Prozent für "mehr Verantwortung".²⁶

Gerade diese Zahlen deuten drittens aber auch darauf hin, welche fundamentalen Widersprüche zwischen Gestaltungsanspruch einerseits und einer entsprechenden materiellen Untermauerung andererseits durch kraftmeierische Rhetorik überdeckt werden. Als die Deutschen 1990 gefragt wurden, aus einer langen Liste von Aufgaben jene zu nennen, für die sie "deutlich mehr" aus dem Bundeshaushalt investieren würden, rangierte der Umweltschutz mit 86 Prozent unangefochten an der Spitze, gefolgt von Sozialstaatsausgaben mit immer noch beeindruckenden Mehrheiten sowie Infrastrukturausgaben mit Unterstützungswerten

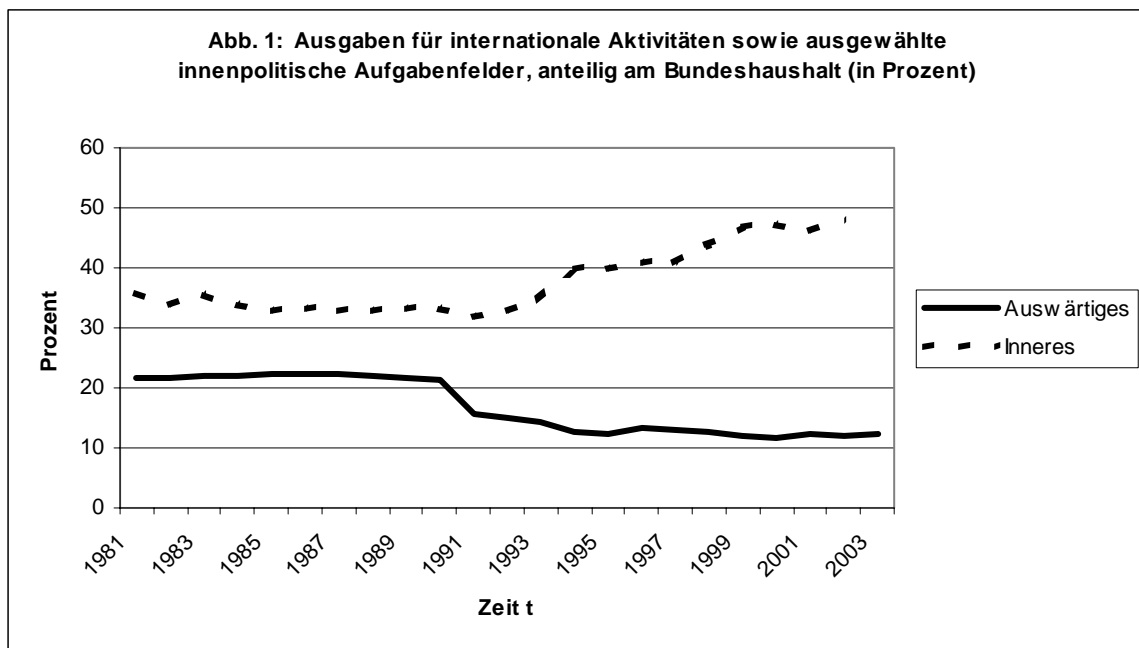
²³ So stilisiert etwa Egon Bahr "eine multipolare Weltanschauung" als "natürliche Reaktion auf die unipolare Haltung Amerikas" zu einer "Frage der Würde. Sie rangiert noch vor allen Zielen, die Vernunft und Interesse diktieren." Egon Bahr, *Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal*, München 2003, S. 128; vgl. hierzu auch die treffende Beobachtung in einer Rezension von Karl Lamers (Von deutscher Normalität, in: *Die Zeit*, Nr. 38/2003, <http://zeus.zeit.de/text/2003/38/P-Bahr> [21.12.2003]): "Wenn, wie in noch nicht allzu fernen Zeiten, Würde im Sinne von Ehre in Opposition steht zur Vernunft, ist Gefahr im Verzug".

²⁴ Peter Meroth, *Deutschland 2000. Der Staat, den wir uns wünschen*, in: *SZ-Magazin*, Nr.1 (4. Januar 1991), S. 8-9. Das Wort von der "Verschweigerung" Deutschlands kam damals deshalb auf, weil die Schweiz von den Deutschen in Ost und West mit Abstand als jenes Land benannt wurde, das ihnen als Vorbild diene (40 Prozent). Schweden rangierte (als "Sozialstaat") mit 29 Prozent auf Platz 2, Italien als Land der "Lebensfreude" mit immerhin noch 10 Prozent auf Platz 3. Frankreich (8%), die USA (6%) und England (2%) waren weit abgeschlagen.

²⁵ *Greenpeace Magazin* Nr. 3/2003, <http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/reportage.php?repid=1869> [29.12.2003].

²⁶ Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann und Renate Köcher (Hrsg.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002*, Band 11, München, S. 966.

zwischen einem Drittel und einem Fünftel der Befragten. Nur 16 Prozent wollten demgegenüber mehr für Entwicklungshilfe und kein einziger ("0 Prozent") mehr für die Bundeswehr ausgeben.²⁷ Vergleicht man diese Zahlen mit der tatsächlichen Entwicklung des Bundeshaushaltes in den letzten fünfzehn Jahren, so erweisen sich die damaligen Stimmungen nachträglich als ein recht guter Indikator. Während die Ausgaben für zentrale Felder der Innenpolitik nach der Vereinigung deutlich anstiegen, gab es einen ebenso deutlichen Einbruch bei den anteiligen Ausgaben der drei Ministerien mit internationalen Aufgaben (Verteidigung, Entwicklungszusammenarbeit und Auswärtiges Amt, vgl. Abb. 1).²⁸



Neuere Umfragedaten lassen mittlerweile zwar erkennen, dass sich eine Mehrheit der Deutschen nach den drastischen Kürzungen bei der Bundeswehr im Laufe der 1990er Jahre

²⁷ Meroth, Deutschland 2000, Anm. 24, S. 14-15. Eine umfangreichere Dokumentation weiterer einschlägiger Umfragedaten findet sich bei Gunther Hellmann und Sebastian Enskat, Umfragedaten zu deutscher Außenpolitik und Deutschlands Rolle in der Welt seit 1990. Eine Dokumentation, http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/APUZ_2004_Umfragen.pdf.

²⁸ Diese Berechnungen beruhen auf den offiziellen Angaben des Statistischen Bundesamtes für den Bundeshaushalt. Die genauen Zahlen und Berechnungen finden sich bei Frank Sauer, Daten zu den Ausgaben des Bundes für die Außenpolitik Deutschlands im Zeitraum 1981-2001, http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/IP_09_2003_Daten_www.pdf [14.9.2003]. In Abbildung 1 beinhaltet die Kategorie "Auswärtiges" die summierten Anteile der Einzelpläne des Bundesministeriums für Verteidigung, des Bundesministeriums für Entwicklung und Zusammenarbeit sowie des Auswärtigen Amtes. Die Kategorie "Inneres" beinhaltet die summierten Anteile des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie des Bundesministerium des Innern. vgl. hierzu auch Gunther Hellmann, Agenda 2020. Krise und Perspektive deutscher Außenpolitik, in: Internationale Politik, 58. Jg. Nr. 9 (September 2003), S. 44 auch verfügbar unter http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/IP_09_2003_www.pdf [24.9.2003].

gegen weitere Einschnitte ausspricht und nur noch ein Viertel bei der Bundeswehr sparen will. Wenn allerdings direkt danach gefragt wird, ob der Verteidigungshaushalt erhöht werden soll, wird diese Option höchstens von einem Drittel befürwortet, während sich die Hälfte der Deutschen dagegen ausspricht.²⁹ Diese Daten sind deshalb nicht sehr verwunderlich, weil einer anderen neueren Umfrage zufolge die Deutschen zu jenen zu rechnen sind, die sowohl ein vergleichsweise optimistisches Bild ihrer "nationalen" wie auch der "internationalen Sicherheit" zeichnen.³⁰ Umso erstaunlicher ist dann allerdings wiederum, dass mittlerweile 70 Prozent der Deutschen meinen, dass "die Europäische Union (...) wie die USA zur Supermacht werden" sollte und von diesen immerhin noch die Hälfte bei ihrer Position bleiben würde, "wenn das größere militärische Ausgaben mit sich bringen würde".³¹ Zwischen den realen Aufwendungen deutscher Steuergelder für internationale Aktivitäten einerseits und dem durch Umfragen wie auch Kanzlerreden reklamierten gesteigerten Gestaltungsanspruch andererseits klaffen also Welten. Wenn man zudem in Betracht zieht, dass die entsprechenden Ausgaben in den USA nicht nur um ein Vielfaches höher liegen, sondern im Unterschied zu Deutschland auch steigen, erscheint der Anspruch, den USA "auf gleicher Augenhöhe" zu begegnen, gelinde gesagt wenig überzeugend.

4. Gipfelbesteigungen und Gratwanderungen in der Geschichte der deutschen Außenpolitik

Dass zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutscher Außenpolitik Widersprüche klaffen, ist historisch nicht neu. Sie sind für einen bestimmten Typus sogar kennzeichnend. Es ist zwar vereinfachend, die wichtigsten Perioden deutscher Außenpolitik seit der Reichsgründung auf einen von zwei Typen zu reduzieren, für einen ersten Zugriff ist diese Aufteilung aber deshalb recht instruktiv, weil sie mit Blick auf die gegenwärtige Krise sowohl einige wichtige Aspekte akzentuiert wie auch erste Hinweise liefert, was getan werden könnte, um die mit der Widersprüchlichkeit einhergehende Krise der deutschen Außenpolitik zu meistern. Wenn man

²⁹ Vgl. Renate Köcher, Unterstützung für die multifunktionale Truppe, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 1. Dezember 2002, S. 7. In einer Umfrage des "German Marshall Fund of the United States" vom Sommer 2003 ("Transatlantic Trends 2003", <http://www.transatlantictrends.org/> [28.10.2003]) meinten 43 Prozent der befragten Deutschen, dass für Verteidigung zuviel, 15 Prozent, dass zuwenig ausgegeben werde; 37 Prozent fanden, dass die Ausgaben alles in allem gerechtfertigt seien. Vgl. ferner die Zeitreihe aus den 1990er Jahren zu einer ähnlichen Umfrage von EMNID im Auftrag des Verteidigungsministeriums bei Hellmann/Enskat, Umfragedaten zu deutscher Außenpolitik (Anm. 27).

³⁰ Vgl. Gallup International, Voice of the People Survey 2003/2004, im Auftrag des "World Economic Forum", http://www.weforum.org/pdf/AM_2004/security_survey.pdf [15.1.2004].

³¹ Vgl. "Transatlantic Trends 2003" Anm. 29, Fragen 5 und 6b1.

den politisch überfrachteten Begriff des "deutschen Weges" analytisch in die Metapher vom "Bergweg" wendet, könnte dies in diesem Sinne hilfreich sein.

Der Bergweg steht in dieser Bildsprache für ein schwieriges, mitunter gefährliches Terrain, das zahlreiche Unwägbarkeiten birgt und daher Ausdauer und Geschicklichkeit erfordert. Dies gilt zumal für jene beiden Abschnitte des Wegs, die hoch zum Gipfel und oben auf dem Grat entlang führen. Auf diese beiden Abschnitte können in einem übertragenen Sinne alle wichtigen Perioden deutscher Außenpolitik seit der Reichsgründung verteilt werden. Auf der einen Seite stehen dabei jene Phasen, in denen die Deutschen ungeduldig zum Gipfel strebten.³² Den drei wichtigsten außenpolitischen Gipfelstürmern – Wilhelm II. und Hitler, in Teilen aber auch Bismarck – gelang dabei im ersten Anlauf zumeist ein eindrucksvoller Aufstieg. So sahen es jedenfalls viele ihrer Zeitgenossen. Sie führten Deutschland aber auch regelmäßig direkt oder indirekt aufgrund gewagter oder gar verbrecherischer Manöver in den Abgrund. Im Falle von Wilhelm´s Streben nach einem "Platz an der Sonne" ist dies genauso augenfällig wie bei Hitlers europäischen und Weltoberungsplänen. Aber selbst bei Bismarck lässt sich unschwer nachvollziehen, wie machtpolitische Ambitionen letztlich ins Verderben führen können. Zwar genießt er unter Historikern noch immer den Ruf, wie wenige andere das Geschick besessen zu haben, die seit der Ausrufung des Kaiserreichs 1870/71 prekäre machtpolitische Lage in der Mitte Europas durch ein ausbalanciertes Netz von Bündnissen zum Vorteil Deutschlands abgesichert und in Teilen sogar ausgebaut zu haben. Bismarck war aber auch derjenige, der durch seine unübersehbar machtpolitisch motivierten Einigungskriege jene Situation erst schuf, die später zum Absturz führte.³³ Seine Kriegserfolge machten es notwendig (und nach Einschätzung vieler Historiker: letztlich schwierig), eine prekäre europäische Machtbalance zu erhalten. Anders formuliert: Bismarcks Gipfelbesteigung trieb Deutschland in solch Schwindel erregende Höhen, dass sich dort selbst ein diplomatisches "Genie" wie er auf Dauer nur mit viel Glück hätte halten können. Hinzu kommt, dass ohne die von ihm betriebene Machtakkumulation im Zentrum Europas jene "Einkreisungsängste", denen Wilhelm II. nur durch einen Krieg zu entkommen wähnte, nicht so einfach hätten entstehen können. Kurzum, jene Perioden deutscher Außenpolitik, die (versteckt oder offen) als Machterweiterungsprojekte betrieben wurden, haben Deutschland im Ergebnis immer unsicherer gemacht und nicht selten Gegenmachtbildungstendenzen

³² Diese Ausführungen basieren auf einem Lehrbuch zur deutschen Außenpolitik: Gunther Hellmann, unter Mitarbeit von Rainer Baumann und Wolfgang Wagner, Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung (in Vorbereitung).

³³ Vgl. Otto Pflanze, Bismarck. Der Reichskanzler, München 1998, S. 675.

hervor gerufen, die in einer Eskalationsspirale zumindest in zwei Fällen in den Krieg mündeten.

Den Gipfelstürmern gegenüber stehen die außenpolitischen Gratwanderer. Im Unterschied zu jenen gehen diese in einer zentralen Hinsicht von einer gänzlich anderen Situationsbeschreibung aus. Wo die Gipfelstürmer – getrieben entweder von "Verfolgern" oder angezogen von den vermeintlichen Verlockungen der höchsten Höhen – kraftstrotzend den Aufstieg forcieren, wähen sich die Gratwanderer bereits auf einer Höhe, die nur schwerlich zu überbieten ist. Kraft, Ausdauer und Geschicklichkeit ist hier nicht gefordert, um nach oben zu kommen, sondern um die Höhe zu halten und die Wanderung auf einem gefährlichen Grat zu bestehen, ohne links oder rechts abzustürzen. Zu solchen außenpolitischen Gratwanderern zählte in der Zeit nach der erfolgreichen Reichsgründung gewiss auch Bismarck. Zu ihnen zählten aber vor allem die Kanzler von Adenauer bis Kohl. Gewiss, das Streben nach "Gleichberechtigung", das älteste Thema deutscher Außenpolitik seit der Reichsgründung, markierte auch ihren Weg. Insbesondere in der Adenauer-Zeit kam dies in der Forderung zum Ausdruck, bestehende "Singularisierungen" abzubauen, die den Deutschen als Folge der Nazi-Verbrechen auferlegt worden waren. Die Lehren der Vergangenheit, die eingeschränkte Souveränität und der drohende nukleare Holocaust im Zentrum des Ost-West-Konflikts fokussierten jedoch die ganze Aufmerksamkeit nicht nur darauf, einen Absturz zu vermeiden, sondern die ganze Gruppe auf sicherere Höhen hinabzuführen. An Gipfelbesteigungen war nicht zu denken und selbst als sich die unerhoffte Möglichkeit der Vereinigung ergab, wurde sie von nahezu allen deutschen Entscheidungsträgern nicht als Vorstufe zu einem neuen Aufstieg, sondern als Chance betrachtet, möglichst viele auf das sichere Plateau einer großen europäischen Hochebene hinab zu geleiten, wo Abstürze nicht mehr drohen konnten. Vielleicht war dieser Höhepunkt Mitte der 1990er Jahre erreicht, als Helmut Kohl im Bundestag auf die historisch einzigartige Situation hinwies, dass Deutschland mit den USA, Frankreich, Großbritannien und Russland nicht nur jeweils einzeln, sondern kollektiv "sehr gute, herzliche und freundschaftliche Beziehungen" pflegt.³⁴ Jedenfalls besteht heute weitgehender Konsens, dass die Kanzler von Adenauer bis Kohl bei allen Einwänden, die es im Detail gegen ihre Außenpolitik gegeben haben mag, ihrem Amtseid insofern gerecht geworden sind, als sie den Nutzen des deutschen Volkes gemehrt und Schaden von ihm abgewendet haben.³⁵ Dass sich Deutschland unter den

³⁴ Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 11. September 1996, in: Bulletin, Nr. 71 (13. September 1996), S. 772.

³⁵ Zum Amtseid des Bundeskanzlers vgl. die Grundgesetz-Artikel 64 (2) sowie 56.

Gratwanderern – wie Bismarck dies formuliert hatte – glaubwürdig "saturiert" gab, war zweifelsohne ein zentrales Element der damit einhergehenden außenpolitischen Erfolgsgeschichten.

5. Die falsche Blickrichtung bei der "Operation Augenhöhe"³⁶

Die Unterscheidung zwischen Gratwanderern und Gipfelstürmer ist zugegebenermaßen stark vereinfachend. Wenn man sie allerdings – unabhängig davon, ob die Verortung der historischen Perioden im einzelnen jeweils gerechtfertigt erscheint – alles in allem für hilfreich erachtet, könnten darin bereits wichtige Erkenntnisse für Gegenwart und Zukunft deutscher Außenpolitik enthalten sein. Eine Frage wäre dann, auf welchem Abschnitt des Weges wir uns derzeit befinden, d.h. welche Situationsbeschreibung heute in der Wahrnehmung außenpolitischer Entscheidungsträger und Experten, aber auch der breiteren Öffentlichkeit handlungsleitend ist: befinden wir uns (im Bild des Bergwegs) am Anfang eines neuerlichen Gipfelanstiegs, in einer anhaltenden Gratwanderung oder entspannt auf einem Hochplateau?

Die Beantwortung dieser Frage wird sicherlich kontrovers ausfallen. In meiner Deutung überwiegen alles in allem die Warnhinweise auf verlockende neue Gipfelabenteuer. Gewiss, wenn Gerhard Schröder den europäischen Nachbarn ein "stolzes", "starkes" und "normales" Deutschland ankündigt, das mehr "Respekt" erwartet und seine Interessen zukünftig "so wie die anderen auch" vertreten wird (beispielsweise dadurch, dass die ungleichen Beitragsleistungen in der EU zu Lasten Deutschlands "ganz selbstbewusst und interessengerecht (...) in Ordnung" gebracht werden),³⁷ dann droht damit in einer hoch

³⁶ Nikolaus Blome, "Operation Augenhöhe" des Bundeskanzlers. 16 Monate Einsamkeit sind vorbei: Schröder und Bush sprechen erstmals wieder unter vier Augen, in: Die Welt, 25. September 2003, S. 4, <http://www.welt.de/data/2003/09/25/173256.html?search=Operation+Augenh%F6he&searchHILI=1> [26.9.2003].

³⁷ Das letzte Zitat entstammt der "Erklärung der Bundesregierung. Vorschau auf den Europäischen Rat in Wien am 11./12. Dezember 1998 und Ausblick auf die deutsche Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 1999", abgegeben von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag am 10.12.1998, in: Bulletin, Nr. 80 (14.12.1998), S. 967. Zu den anderen Zitaten vgl. u.a. "Leisetreterei bei der Vertretung der eigenen Interessen war noch nie angetan, Respekt auch bei den Partner zu finden", Interview mit Bundeskanzler Schröder im ARD-Bericht aus Berlin, 9. August 2002, <http://www.bundeskanzler.de/Findulin-Spiel-.8442.428321/Interview-mit-Bundeskanzler-Schroeder-im-ARD-Ber...htm> [11.1.2004]. "Nationale deutsche Interessen richtig verstanden zu vertreten, das ist kein Gegensatz zu Europa, ganz im Gegenteil. So wie die anderen das auch machen, steht uns das auch zu." Rede des Bundeskanzlers auf der Bundesdelegiertenkonferenz der SPD zur Europawahl 1999 am 8. Dezember 1998 in Saarbrücken, zit. nach:

vernetzten und weitgehend integrierten Europäischen Union noch nicht der Rückfall in das Zeitalter europäischer Großmachtrivalität im 19. Jahrhundert. Es kann allerdings auch keine Rede davon sein, dass sich deutsche Außenpolitik derzeit von jener "Verantwortungspolitik" leiten lässt, die der frühere Außenminister Genscher der klassischen "Machtpolitik" gegenüber stellte³⁸ und die zumeist auch mit Deutschland als selbst stilisierter "Zivilmacht" oder gar als weltweit angesehenem "Partner und Vorbild" (G. Schröder)³⁹ assoziiert wurde. Die in Berlin zunehmend beobachtbaren, zumeist mit dem "Selbstbewusstseins"-Etikett überklebten Eigenmächtigkeiten, sprechen hier eine eindeutige Sprache. Es sind dies nämlich genau jene Verhaltensweisen, die sich "Großmächte" immer schon meinten herausnehmen zu können – und als Ausweis ihrer Großmächtigkeit eben auch herausnehmen. Im deutschen Fall gehören zu solchen Großmachtgebärden beispielsweise die vom Bundeskanzler propagierte Nicht-Beteiligung Deutschlands an Maßnahmen gegen Saddam Husseins Irak, denn in einem klaren Bruch mit der bundesrepublikanischen Tradition schloss der Kanzler im Wahlkampf eine Teilnahme Deutschlands selbst für den Fall aus, dass im UN-Sicherheitsrat ein gemeinsamer Beschluss herbeigeführt werden würde. Ähnliches gilt für den jüngsten Bruch der Regeln des Stabilitätspaktes.⁴⁰

http://www.spd.de/archiv/europa/Eur19981208_896.html [15.4.2000], diese Seite ist mittlerweile vom Netz genommen worden.

³⁸ Vgl. u.a. Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 1016.

³⁹ Vgl. das zweite Zitat Schröders am Anfang dieses Beitrages. Obwohl der derzeitige Bundeskanzler zumeist für das Gegenteil dessen steht, was in den 1980er und 1990er Jahren mit dem Begriff der "Zivilmacht" assoziiert wurde (vgl. Hellmann, *Agenda 2020*, Anm. 28, S. 41-44), lässt er sich diesen Begriff gelegentlich ins Manuskript schreiben; vgl. Gerhard Schröder, *Germany Will Share The Burden In Iraq*, in: *New York Times*, 19. September 19, 2003, S.27.

⁴⁰ Auch wenn der Irak-Fall von manchen als Wiederauferstehung der Bonner "Zivilmacht" gefeiert wird, passt er – wenn man denn der Zivilmacht eine eher klassische, auf Machtmaximierung zielende Mittel- oder Großmacht dichotomisch gegenüber stellen wollte – viel besser zu letzterer, weil hier die frühe einseitige Festlegung des Bundeskanzlers, dass sich Deutschland unter keinen Umständen an UN-Zwangsmaßnahmen gegen Saddam Hussein beteiligen würde, als *Machtpolitik*-Indiz schwerer wiegt. Ein anderes Urteil wäre nur dann gerechtfertigt, wenn man überzeugend nachweisen könnte, dass die Bundesregierung den Machtpolitik-Resistenztest bestanden hat. Auf einen kurzen Nenner gebracht besteht er darin, ob außenpolitische Initiativen internationale Regelwerke stärken (also die Bindungswirkung internationaler Normen erhöhen) und damit die Spielräume für einzelstaatliche Eigenmächtigkeiten einschränken. Bei diesem Test ist die Bundesregierung in den letzten Jahren wiederholt durchgefallen. Einige frühere Anhänger der "Zivilmacht"-These gestehen mittlerweile zwar ein, dass das deutsche Verhalten in Fällen wie Irak und Stabilitätspakt nur unter erheblicher Dehnung mit dem ursprünglichen Konzept vereinbar sei, führen das geänderte Verhalten aber weniger auf eine politisch zu verantwortende politische Entscheidung denn auf Handlungszwänge zurück, die der Bundesregierung gleichsam keine andere Wahl ließen, sich von früheren Zivilmachts-Rollenvorstellungen zu verabschieden. Diese Opfer-These zeigt sich etwa in der Argumentation von Sebastian Harnisch. Harnisch argumentiert, dass der Irak-Fall nicht – wie ich dies an anderen Stellen behauptet habe – ein Beispiel für die "machtpolitische Resozialisierung" Deutschlands, sondern vielmehr ein Beispiel für Deutschland als "Status quo" Macht sei (vgl. Harnisch, *Bound To Fail? – Germany's Policy In The Iraq Crisis 2001-2003*, Paper presented at the Twenty-Seventh Annual Conference - September 18 - 21, 2003 of the German Studies Association in New Orleans, Louisiana

Nicht minder wichtig für die außenpolitische Situationsbeschreibung ist allerdings auch, wovon sich die außenpolitische Expertengemeinschaft und die deutsche Öffentlichkeit leiten lassen. Auch hier sind die Warnsignale unübersehbar. Trotz einer unübersehbaren Kluft zwischen deutschem Gestaltungsanspruch und deutscher Gestaltungsfähigkeit wird in zahlreichen Strategieempfehlungen eine Politik befürwortet, die einer seriösen Fundierung entbehrt. Die außenpolitische Seriosität eines Landes ist dabei relativ einfach zu bestimmen: sie ist umso größer, je kleiner die Kluft zwischen Gestaltungsanspruch und Gestaltungsfähigkeit ist. Wenn beispielsweise der Bundeskanzler den USA "auf Augenhöhe begegnen" will, dann ist dieser Anspruch nur dann seriös, wenn Schröder im Vergleich zu den USA vergleichbare oder zumindest äquivalente Ressourcen aufwenden kann. Diese Ressourcen müssen dabei keineswegs vordergründig militärischer Art sein. Wenn es den Deutschen etwa gelänge, eine überwältigende Staatenkoalition zustande zu bringen, die eine andere Weltordnung anstrebte als die USA, so wäre dies durchaus eine beachtliche Ressource, die den weltpolitischen Gestaltungsanspruch glaubwürdig untermauern könnte. Eine solche Ressource deutete sich zumindest kurz an, als Deutschland zusammen mit Frankreich und Russland eine Ablehnungsfront gegen die amerikanischen Irak-Pläne formierte. Die „Augenhöhe“ der USA erreichte Schröder in diesem Fall allerdings trotzdem nicht. Zudem stand er gegenüber dem amerikanischen Präsidenten machtpolitisch auch nur deshalb etwas erhöht, weil er rechts und links von Chirac und Putin gestützt wurde. Da sich die Irak-Konstellation nur schwer wiederholen lassen wird, wird sich der „Augenhöhen“-Anspruch auf diesem Wege nicht einlösen lassen. Mehr noch, zu seiner Verwirklichung fehlt es auch an jenen klassischen Machtressourcen, die Großmächte traditionellerweise auf die Waagschale werfen, wenn sie ihren Machtansprüchen "Respekt" verschaffen wollen. Zum einen fehlen den Deutschen – gewollt und aus guten Gründen – die entsprechenden militärischen

http://www.sebastian-harnisch.de/docs/gsa_2003.pdf [19.2.2004], S. 25-29; zur These, dass der Irak viel besser in eine längere, bis weit in die 1990er Jahre zurückreichende Kette von Ereignissen passt, die unter dem Begriff der "machtpolitischen Resozialisierung" gefasst werden können, vgl. neben Hedstück/Hellmann, Anm. 13 insbesondere Gunther Hellmann, Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus, in: WeltTrends, Heft 42 (in Vorbereitung)). Während Harnisch die Schröder-Regierung durch die internationale Isolierung wie auch innenpolitischen Druck (gleichsam realpolitisch) "gezwungen" ("forced") sah, sich gerade nicht entsprechend früherer Zvilmachtstraditionen zu verhalten, verweist die These der machtpolitischen Resozialisierung auf einen Interaktions- oder Sozialisierungszusammenhang, in dem der Rolle des (individuellen oder kollektiven Akteurs (also: "Deutschland", die "Bundesregierung" oder der "Bundeskanzler") prominenter hervortritt. Neben geänderten innenpolitischen und internationalen *Erwartungen* spielt in diesem Zusammenhang die mehr als willige Bereitschaft (insbesondere des Bundeskanzlers) eine beträchtliche Rolle, sich solchen vermeintlichen "Zwängen" zu ergeben, weil sie vollauf dem vor allem von Schröder seit langem gehegten "Normalitäts"-Ideal entsprach.

Ressourcen. Zum anderen fehlen ihnen aber immer öfter (und gewiss ungewollt) auch jene ökonomischen Ressourcen, mit denen es in bundesrepublikanischen Blütezeiten noch gelang, deutsche Zielvorstellungen eher unwilligen Kooperationspartners politisch schmackhaft zu machen. In der Konsequenz bedeutet diese doppelte Ressourcenlücke, dass die sich zunehmend öffnende Schere außenpolitischer Seriosität nur auf zwei Wegen geschlossen werden kann: (a) dass die ambitionierten Ansprüche den deutlich eingeschränkteren Fähigkeiten angepasst und entsprechend reduziert werden oder (b) dass die Fähigkeiten ausgebaut werden.

Ein zentrales (und besorgniserregendes) Kennzeichen des gegenwärtigen außenpolitischen Diskurses besteht nun darin, dass nahezu ausschließlich die zweite Variante ins Auge gefasst wird, um die Glaubwürdigkeitskrise der deutschen Außenpolitik zu überwinden.⁴¹

Besorgniserregend ist dies aus zwei Gründen: zum einen, weil die überambitionierten Ziele deutscher Außenpolitik als solche gar nicht mehr in Frage gestellt werden; zum anderen, weil die empfohlenen Ressourcenmobilisierungsstrategien in realistischer Anerkennung der begrenzten innerstaatlichen Ressourcen in der Regel nach außen gerichtet werden und dann zumeist offen mit mindestens einem der beiden traditionellen Pfeiler deutscher Außenpolitik, der europäischen oder der atlantischen Orientierung, kollidieren. Die erste Kollision resultiert aus einer Strategie, der zufolge deutsche Ressourcen (z.B. in Form des Stimmengewichts in der Europäischen Union) verstärkt zum Zwecke der innereuropäischen Durchsetzung eng definierter "nationaler Interessen" mobilisiert werden sollen. Dabei geht es beispielsweise darum, die „Nettozahler“-Belastungen zu reduzieren oder (nach britischem oder französischem, mittlerweile aber auch spanischem oder polnischem Vorbild) deutsche Interessen notfalls auch mit entsprechendem Druck durchzusetzen. Auch hier gibt das deutsche Verhalten im Zusammenhang mit dem Bruch des Stabilitätspaktes einen Vorgeschmack. Nicht immer, aber häufig läuft diese Strategie im Ergebnis darauf hinaus, dass sich Deutschland angesichts der härteren Gangart, die die europäischen Partner zu erwarten hätten, weiterhin möglichst eng an die USA anlehnen sollten.⁴²

⁴¹ Dieses Argument wird systematischer entwickelt in meinem Beitrag Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik, Anm.40.

⁴² Ohne an dieser Stelle auf Differenzierungen in ihrer Position eingehen zu können, könnte man u.a. Arnulf Baring und Hans-Peter Schwarz zu dieser Gruppe zählen. Vgl. u.a. Arnulf Baring, Deutsche Interessen – Unkorrekt?, in: Die Welt, 2. Februar 2002, http://www.welt.de/daten/2002/02/02/0202au311625.htx?print_1 [2.4.2003]; hier argumentiert Baring, dass "spätestens" mit dem EU-Gipfel in Nizza "der europäische Schleier" zerrissen sei und dahinter nun sichtbar wurde, "was wir seit langem hätten erkennen können: Es gibt einen robusten Wettkampf der Europäer untereinander um die besten Plätze"; in einer neueren Publikation argumentiert Baring

Die zweite Kollision resultiert aus einer Strategie, bei der die USA in die Rolle derjenigen gerückt werden, gegen die ambitionierte „europäische“ Weltordnungsvorstellungen durchgesetzt werden sollen. Hier wird häufig auf ein älteres (ursprünglich jedoch mit anderen Intentionen erstelltes) "Kerneuropa"-Konzept⁴³ zurückgegriffen, um die von den "US-Willigen" abgegrenzten europäischen "UN-Willigen" (E. Bahr) zu einer schlagkräftigen Formation zusammen zu schweißen.⁴⁴ Gerade dieser zweite, selten offen anti-amerikanische, in letzter Konsequenz aber immer gegen amerikanische Vormacht gerichtete Mobilisierungsversuch findet zunehmend breite Unterstützung. Auffällig ist daran vor allem die breite intellektuelle Unterstützung von der Linken (J. Habermas) bis weit ins rechte Lager (E Nolte).⁴⁵

Sowohl die Anlehnungs- wie auch die Auflehnungsstrategie im Blick auf die USA besitzen insofern einen realistischen Kern als sie die Grenzen innerstaatlicher Ressourcenmobilisierung ahnen. Besorgniserregend sind sie allerdings deshalb, weil sie statt einer Reduzierung der Ambitionen auf eine nach außen gerichtete Ressourcenmobilisierung setzen, die in der einen oder anderen Form unweigerlich mit machtpolitischen Durchsetzungsstrategien einhergehen muss – Strategien, die bislang nicht zum Repertoire

zudem, dass auch das vereinigte Deutschland "ohne eine Anlehnung an eine Großmacht auf Dauer nicht bestehen" könne, diese Großmacht aber nicht Frankreich sein könne (u.a. weil die Franzosen "uns immer wieder auszunutzen versuchen"), sondern nur die USA sein können, vgl. Baring, Einsame Mittelmacht. Ohne die USA gibt es keine Zukunft für Deutschland, in: Internationale Politik, 58. Jg., Heft 12 (Dezember 2003), S. 51-56, Zitate S. 54); unter den neueren europakritischen Veröffentlichungen von Hans-Peter Schwarz vgl. u.a. "Deutscher Weg" ins Nirgendwo, in: Die Welt, 12. September 2002, <http://www.welt.de/daten/2002/09/12/0912fo355895.htx?print=1> [2.3.2003] sowie Hans-Peter Schwarz, Von Elefanten und Bibern. Die Gleichgewichtsstörung deutscher Außenpolitik, in: Internationale Politik, 58. Jg., Heft 5 (Mai 2003), S. 21-30, auch unter <http://www.dgap.org/IP/ip0305/schwarz.html> [21.12.2003].

⁴³ Vgl. CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Überlegungen zur Europäischen Politik, Bonn, 1. September 1994, http://www.cdu.de/politik-a-z/dokumentationen/schaeuble_lamers_papier_1994.pdf [21.12.2003]; das Papier wurde erstellt vom damaligen Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble sowie dem außenpolitischen Fachmann der Fraktion Karl Lamers.

⁴⁴ Neben Egon Bahr, der als Außenpolitik-Experte hier mit seinem Buch "Der deutsche Weg" (Anm. 23) besondere Prominenz erlangt hat, gehört insbesondere Werner Link zu jenen, die angesichts einer (vermeintlich unausweichlich erscheinenden) Wahl zwischen EU-Europa auf der einen und den USA auf der anderen "im Zweifel für Europa" plädieren (vgl. den Beitrag mit diesem Titel in: Rheinischer Merkur, Nr. 50 (11. Dezember 2003), S. 6; vgl. ferner Werner Link, Imperialer oder pluralistischer Frieden?, in: Internationale Politik, 58. Jg., Heft 5 (Mai 2003), S. 48-56.

⁴⁵ Vgl. Jacques Derrida und Jürgen Habermas, Unsere Erneuerung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Mai 2003, S. 33-34; Ernst Nolte, Die europäische Philosophie und die Zukunft Europas, in: Sezession, Heft 2 (Juli 2003), S. 20-28, hier S. 28.

bundesdeutscher Außenpolitik gehörten und in einer längeren historischen Linie schon gar nicht mit außenpolitischen Erfolgen Deutschlands verknüpft sind.

6. Das "Weimarer Dreieck" als neuer europäischer Kern

Die Dramaturgie der bisherigen Argumentation muss konsequenterweise zu einer Alternative führen, die die Seriosität deutscher Außenpolitik dadurch wiederherzustellen empfiehlt, dass nicht die Fähigkeiten den Ambitionen, sondern die Ambitionen an die Fähigkeiten angepasst werden. Diese Empfehlung basiert aber nicht nur auf einem nüchternen Ressourcenkalkül, sondern auch auf einer Situationsbeschreibung, die sich von den meisten anderen unterscheidet. Im Unterschied zu jenen, die entweder neue Gipfelbesteigungen favorisieren oder Deutschland bereits auf einem sicheren europäischen Hochplateau angekommen sehen, basiert diese Empfehlung auf der Einschätzung, dass das Bild der Gratwanderung die gegenwärtige Lage noch immer besser trifft. Gewiss, von überlebensbedrohenden Gefährdungen wie zu Zeiten des Kalten Krieges ist Deutschland weit entfernt – ja, mehr noch: gemessen an alten Ambitionen hat das vereinigte Deutschland im Grunde alles erreicht. Einheit in Frieden und Freiheit, jene lange Zeit utopisch anmutende Formel außenpolitischer Ambitionen aus Bonner Tagen ist heute weitgehend Wirklichkeit. Und doch lauern angesichts der zunehmenden Risse in der atlantischen Allianz sowie der bevorstehenden, alle bisherigen Erweiterungsrounds in den Schatten stellenden Vergrößerung der Europäischen Union neuartige Gefahren, die anstelle der allseits propagierten expansiven außenpolitischen Strategie, die auf die USA fixiert bleibt, eher eine defensive Strategie der europäischen Konsolidierung nahe legen.

Die begrenzten Ressourcen und die Lehren der Vergangenheit, die eine nach außen gerichtete, auf machtpolitischen Durchsetzungsstrategien basierende Ressourcenmobilisierung als selbstschädigend erscheinen lassen, legen also eine Reduzierung der Ambitionen nahe. Was bedeutet dies konkret? Wenn man Gerhard Schröders „Augenhöhen“-Metaphorik übernehmen wollte, bestünde die Kernempfehlung dieser Alternative darin, die Fixierung auf die USA aufzugeben und den Blickkontakt mit unseren beiden wichtigsten Nachbarn, Frankreich und Polen, zu verstetigen. Statt einseitig entweder (a) zusammen mit Frankreich „karolingische“ Kerneuropa-Visionen zu verfolgen, die aufgrund klassischer französischer

Fixierungen auf den weltpolitischen „Rang“ Frankreichs⁴⁶ in der einen oder anderen Form notgedrungen in eine Konkurrenz zu den USA degenerieren müssen oder aber (b) ein „britisches“ Europa zu favorisieren, in dem Deutschland sich mit einer Reduzierung der Europäischen Union auf eine Freihandelszone zufrieden erklärt, die nicht nur Platz für eine weitere „nationale Normalisierung“ schafft, sondern aufgrund der damit einhergehenden europäischen Entsolidarisierung („Nettozahler“-Rabatt) auch deutsche Gelder von Brüssel nach Berlin zurückverlagert, sollte (c) einer Strategie den Vorzug gegeben werden, die den neuen „Kern des europäischen Kerns“ im sogenannten „Weimarer Dreieck“ lokalisiert – jener Anfang der 1990er Jahre begründeten trilateralen deutsch-französisch-polnischen Kooperation, die nach dem Aussöhnungs- und Einbindungsmodell der deutsch-französischen Verständigung nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde.⁴⁷ Statt strategisch in die Ferne zu schweifen würden sich deutsche Energien auf das konzentrieren, was nahe liegt, wichtig und machbar ist und für eine weitere Konsolidierung des europäischen Friedens- und Wohlstandsmodells auch Gutes verspricht. Das „Weimarer Dreieck“ bietet sich aus mehreren Gründen als neuer Kern eines außenpolitischen Gesamtkonzeptes an. Erstens können sich auf diesem Weg nicht nur die auf die Europäische Union gerichteten Leitbildvorstellungen eines „solidarischen“, als „Partner und Vorbild“ fungierenden Deutschlands bewähren. Nicht minder wichtig wäre, dass ein nach außen geschlossen auftretender „Weimarer Kern“ der EU international erhebliches Gewicht hätte, weil durch die unzweifelhaft pro-amerikanische Positionierung der Polen eine Spaltung der EU in ein „altes“ (Amerika-kritisches) und ein „neues“ (Amerika-freundliches) Europa wenig überzeugend wäre. Ein „Weimarer Kern“ würde aus speziell deutscher Sicht damit zweitens auch den Vorzug haben, den zunehmend schwierigeren Spagat zwischen europäischer und atlantischer Orientierung stehen zu können, weil mit Frankreich in glaubwürdiger Weise die EU und mit Polen in nicht minder glaubwürdiger Weise die NATO starke Fürsprecher hätte. Die Aufgabe Deutschlands bestünde darin, diese Spannung soweit zu mindern, dass sie produktiv werden könnte. Sie würde damit drittens nicht nur die Chance eröffnen, sowohl den europäischen wie auch den

⁴⁶ Vgl. hierzu die jüngste Fassung in dem Beitrag des französischen Außenministers Dominique de Villepin, Die Lehren von Brüssel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Dezember 2003.

⁴⁷ Eine vom Grundsatz her ähnliche Empfehlung findet sich bereits im Jahr 2000 bei Ludger Kühnhardt, Henri Ménudier, Janusz Reiter, Das Weimarer Dreieck. Die französisch-deutsch-polnischen Beziehungen als Motor der Europäischen Integration, ZEI Discussion Paper C72/2000, http://www.zei.de/download/zei_dp/dp_c72_kuehnhardt.pdf [12.1.2004]; vgl. aus dem letzten Jahr auch Michael Staack, Die Neue Weltordnungspolitik der USA und das Alte Europa. Antrittsvorlesung an der Universität der Bundeswehr München am 17. Juni 2003, S. 22, <http://www.unibw-muenchen.de/ifip/Acrobat/Antrittsvorlesung.pdf> [25.1.2004]. Staack plädiert allerdings im Kontrast zu meinem Konsolidierungsargument und in Anlehnung an Werner Link für eine "kooperative Gegenmachtbildung" Europas gegenüber den USA (S. 15-18).

atlantischen Pfeiler deutscher Außenpolitik zu stabilisieren, sondern sie hätte auch den Vorzug eines Übungsfeldes für das, was unter den zukünftigen Bedingungen einer erweiterten Europäischen Union noch mehr als früher zum zentralen „nationalen“ Interesse Deutschlands wird – nämlich die spannungsreichen „nationalen“ Interessen der europäischen Nachbarn auszugleichen. Zudem würde sie auch jenen beiden Partnern, mit denen in den kommenden Jahren im Rahmen der Europäischen Union möglicherweise härtere Ressourcenkonflikte auszutragen sind, signalisieren, dass an der grundsätzlichen Verpflichtung Deutschlands zu einer solidarischen und fairen Partnerschaft ohne machtpolitische Attitüden keinerlei Zweifel bestünde.